

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICH'S FREIHEIT

Nr. 3

Mai 1959

Preis S. 3.

20. Novelle im Ministerrat

ZWEI MILLIONEN SCHILLING IM BUDGET GESICHERT

Der Ministerrat genehmigte am 15. April den Entwurf der 20. Novelle zum Opferfürsorgegesetz gemeinsam mit der Novelle zum Kriegsoferfürsorgegesetz. Der Entwurf erfüllt in zwei Punkten die Forderungen der Opferverbände: Im Bereich der Hinterbliebenenversorgung wird die Lebensgefährtin nunmehr der Witwe rechtlich gleichgestellt, weil der Lebensgemeinschaft als Voraussetzung für eine Anspruchsberechtigung in der Opferfürsorge eine größere Bedeutung zukommt als in anderen Bereichen der sozialen Fürsorge, und zwar im Hinblick darauf, daß eine verhältnismäßig große Zahl der in der Zeit zwischen 1934 und 1938 verfolgten Opfer im Lebensgemeinschaft lebte.

Ferner wird durch die 20. Novelle auch die erzwungene Emigration als zusätzlicher Schädigungsatbestand anerkannt, sofern sie mehr als dreieinhalb Jahre gedauert hat und die Betroffenen zum Zeitpunkt der Emigration das schulpflichtige Alter erreicht hatten.

Der Aufwand für diese beiden Verbesserungen wird auf zwei Millionen Schilling geschätzt. Im Budget ist für diesen Betrag vorgesorgt. Außerdem nimmt die 20. Novelle einige gesetzestechnische Korrekturen vor. So wird die Zuständigkeit des Sozial- und des Finanzministers für die Nachsicht der Anspruchsvoraussetzungen nunmehr auch gesetzlich festgelegt. Sie war bisher nur durch Ministerratsbeschlüsse fixiert gewesen und stand ursprünglich verfassungsrechtlich der Bundesregierung zu. Außerdem wird durch die Formulierungen der 20. Novelle dem Verfassungsgrundsatz Rechnung getragen, daß die obersten Vollzugsorgane des Bundes nicht die Bundesministerien, sondern die Bundesminister sind.

Das Gesetz soll am 1. Jänner 1970 in Kraft treten.

Vor der Behandlung der 20. Novelle im Ministerrat hatten die Opferverbände in Vorprachen die Wünsche der politisch Verfolgten angemeldet. Nach der Versprache bei Staatssekretär Bürkle, über die wir in der letzten Nummer berichteten, hatten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft eine Aussprache mit den Obmännern der beiden großen Parlamentsfraktionen, Vizekanzler Dr. Witztham und Abgeordneten Dr. Pittermann.

Vizekanzler Dr. Witztham empfing die

Delegation, der seitens der ÖVP-Kameradschaft LAbg. Leinkauf und Komm.-Rat Kitzel angehörten, am 13. März in seinen Amtsräumen am Hallhausplatz. Er teilte mit, daß der Finanzminister für die Wünsche der politisch Verfolgten im Budget zwei Mio. S reserviert habe. SPÖ-Klubobmann Dr. Pittermann äußerte einige Einwendungen bezüglich solcher Wünsche, die ein Präjudiz für die Anliegen der Kriegsofer sein könnten.

Der Entwurf des Sozialministeriums für die 20. Novelle war sodann Gegenstand (Fortsetzung auf Seite 3)

Gedenkstätte Morzinplatz geöffnet

Freitag, 11. 4., lud die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände zu einer Pressekonferenz im Weiheraum des Ing.-Leopold-Figl-Hofes in Wien, Morzinplatz, ein. Zu den versammelten Journalisten und Vertretern der Opferverbände — unter denen sich auch der Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, GR Hans Leinkauf, befand — sprach Frau Abg. z. NR a. D. Rosa Jochmann. Frau Jochmann verwies darauf, daß sich früher an Stelle des Leopold-Figl-Hofes die Gestapo-Zentrale befand, schilderte deren schreckliche Bedeutung und erinnerte an Ing. Leopold Figl, dessen Namen das neue Haus trägt.

Sie gab bekannt, daß der Weiheraum an folgenden Tagen für Besucher geöffnet ist:

Montag, 14—18 Uhr,
Donnerstag, 8—12 Uhr,
Samstag, 9—12 Uhr und 14—17 Uhr,
Sonntag, 9—12 Uhr.

Im Anschluß an die Pressekonferenz

wurde der Weiheraum der Öffentlichkeit übergeben.



Restitutions hinter der Prachtstraße: Das alte Hotel Metropol am Morzinplatz.

Ein Roman des Grauens

DE URTEILE IM GRAZER JUDENMORDPROZESS

In Graz ging am 27. März nach mehr als zweimonatiger Dauer der Judenmordprozess gegen die fünf Angeklagten Karl Macher, Karl Popp, Alfred Lasser, Georg Unterberger und Gerulf Mayer zu Ende. Das Urteil: Der Hauptangeklagte Gerulf Mayer, 59 Jahre alt und von Beruf Gendarmiermajor, wurde wegen Mordes und der Mithilfe am bestellten Mord zu elf Jahren schweren verschärften Kerkers verurteilt, der 57jährige Gendarmerevierinspektor Alfred Lasser aus Schwarnach, Voralberg, erhielt sieben Jahre schweren verschärften Kerkers, Karl Popp und Georg Unterberger wurden freigesprochen, das Verfahren gegen Karl Macher wurde ausgedehnt, weil die Anklage auf andere Fakten ausgeht.

Der Prozess bot ein geradezu typisches Bild: Seit dem Verbrechen, die den Angeklagten zur Last gelegt wurden, sind 26 Jahre vergangen. Die Angeklagten sind durchwegs Männer in gesetztem Alter und in angesehenen Positionen, von scheinbar untadeligem Ruf und von ihrer Umgebung geachtet und geschätzt. Niemand würde heute vermuten, daß sie der abscheulichen Verbrechen fähig sind, die die Anklage ihnen vorwirft. Damit wird auf ein Charakteristikum des NS-Regimes und verwandter Systeme hingewiesen: Ein politisches System, das die Achtung vor der Menschenwürde aus seinem

Programm streicht oder auch nur zunächst in Teilfragen Konzessionen an die unbedingte Verteidigung der Menschenwürde macht, beseitigt auch im Gewissen bestimmter Leute die letzten moralischen Hemmungen und macht Leute zu Verbrechern, die ansonsten keineswegs zu den berüchtigten Kriminellen gehören und unter anderen Umständen ein Leben als ehrenwerte Bürger geführt hätten und auch tatsächlich geführt haben. Der Hauptangeklagte Gerulf Mayer war nun ein Vierteljahrhundert lang ein solcher ehrenwerter Mann und Staatsbürger, auf Grund seines untadeligen Verhaltens zu der immerhin beachtlichen Position eines Gendarmiermajors aufgestiegen. Er und seine Mitangeklagten sind geradezu Musterbeispiele würdiger älterer Herren in gehobener Stellung, denen niemand etwas Böses zutrauen würde.

Diese Rolle haben sie ein Vierteljahrhundert gespielt — sicherlich ehrlich gelebt und nicht nur geübelt. Aber vorher hatte ein unmenschliches politisches System sie selbst zu Handlungen von unvorstellbarer Unmenschlichkeit getrieben. Die Schuld soll damit nicht dem System angelastet werden — jeder zurechnungsfähige Mensch ist — auch vor Gericht — für sich selbst verantwortlich. Aber es ist nicht zu übersehen, daß ein verbrecherisches politisches System verbrecherische Triebe in Menschen freimacht, die unter anderen politischen Umständen wahrscheinlich keine Möglichkeit hätten, gegen ihre Mitmenschen eingesetzt zu werden. Gerade die Judenmordprozesse sind immer wieder eine eindringliche — und auch heute noch keineswegs überflüssige — Mahnung, keinerlei Konzessionen an den Schutz der Menschenwürde und an das Recht auf Leben zuzulassen, auch nicht in Fragen, die zunächst nichts mit Politik zu tun haben, wie zum Beispiel in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung oder der Euthanasie. Gerade in der Verteidigung der Menschenwürde und des Rechts auf Leben ist es notwendig, bereits den ersten Anfängen einer Ausbeutung zu wehren.

Halten wir uns vor Augen, welche Erscheinung mit dem Angeklagten Gerulf Mayer vor Gericht stand: ein Mann von mittlerer Statur, tadellos gekleidet, leicht gebeugt, ein biederes Gesicht, das auch einem leitenden Angestellten oder einem Geschäftsmann gehören könnte. Und die Fakten, die der Schuldspruch anführt: Das Gericht nahm als erwiesen an, daß Mayer, Führer der Gendarmereihauptmannschaft Kielce in Polen, im Jahr 1942

ein etwa ein Jahr altes Kind, das wachend auf einem Sammelplatz zurückgeblieben war, erschossen hat, ebenso ein anderes Kind, das hinter einer Haused 'hervorlugte, und einen Mann, der an seinem Auto vorbeigegangen war. Außerdem wurde er für schuldig befunden, dem Einsatz zur Vernichtung des Dorfs Polska-Skala geleitet zu haben, in deren Verlauf alle Häuser niedergebrannt und 92 Menschen getötet wurden. Befehlsgewalt habe keiner vorgelegen, erkannte die Geschworenen. Die 111 Seiten lange Anklage, die noch zahlreiche andere Beschuldigungen enthält, ist ein Roman des Grauens.

Als das Gericht den Urteilspruch fällt, sackt der 59jährige Gerulf Mayer zusammen, er erleidet einen nervösen Kollaps und muß den Saal verlassen. Eine junge Frau, seine Tochter, stürzt mit einer Aufschrei auf ihn zu: „Die Mama und wir brauchen dich doch!“ Sie kann nicht fassen, daß ihr Vater, der sie seit ihren Kindertagen liebend umsorgt hat, nun solcher Verbrechen beschuldigt wird und praktisch für den Rest seines Lebens hinter Kerkernauern verschwinden muß. Sie kann die zwei Bilder nicht Einklang bringen: ihr Vater, ein gutmütiger, seinen Kindern und seiner Frau gegenüber liebevoller und verantwortungsbewußter Mann — und der andere, der einem polnischen Dorf ohne Grund wende Kinder erschießt...

Hauptversammlung des Dokumentationsarchivs

Am 13. März d. J. fand in den historischen Räumen des Palais Auerberg die Fest- und Hauptversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes statt. Im Mittelpunkt der Festversammlung stand ein aufschlußreicher Vortrag von Frau Univ.-Prof. Doktor Erika Weinzierl über den Widerstand in Österreich.

Unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Hofrat Dr. Max Neugebauer, wurde die Hauptversammlung des Kuratoriums geführt, in deren Verlauf Hofrat Dr. Neugebauer über die Tätigkeit des Kuratoriums, Generaldirektor Dr. Schärf über die finanzielle Gebarung sprach und Komm.-Rat Kittel als Obmann der Kontrolle den Entlastungsantrag für den Vorstand aussprach. Auf Vorschlag von Hofrat Hyroß wurden alle Vorstandsmitglieder in ihren Funktionen wieder bestätigt.

Gedenkstunde der Schuljugend

Anlässlich des Jahrestages der Besetzung Österreichs in den Märztagen 1938 hat der Wiener Stadtschulrat die Inspektionsbezirke beauftragt, mit der Schuljugend eine Stunde des Gedenkens an die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938 bis 1945 zu veranstalten.

Am Freitag, dem 14. März, um 12.00 Uhr wurden in der Gedenkstunde auf dem Moritzplatz, Eingang Salztorstraße 6, um 10.00 Uhr im Gedenkraum des Wiener Landgerichts I, VIII. Landesgerichtsstraße 11, um 8.30 Uhr Gedenkstunden der Schuljugend abgehalten.

Am Freitag, dem 28. März, fand um 9.30 Uhr die bereits traditionelle Gedenkstunde der Schuljugend vor dem Amtshaus des 21. Wiener Gemeindebezirks, A. Seitz, statt.

Rückschlag in Wien

WAHLERGEBNISSE UNTER DER LUPE

Die Wiener Gemeinderatswahlen sind vorbei. Ihr Ergebnis wurde mit Spannung erwartet, es brachte der ÖVP eine betrübliche Enttäuschung, da sie an die 90.000 Stimmen, fünf Mandate und den Posten des Vizebürgermeisters verlor. Die Freiheitlichen hatten auch in Wien einen Zuwachs zu verzeichnen, der jedoch bei weitem nicht den Umfang ihres Salzburger Wahlerfolges erreichte. Dort hatten die Freiheitlichen ihren Stimmenbestand von 23.900 auf 38.000 oder von 11,8 auf 18 Prozent gesteigert, in Wien reichte es nur zu einer Steigerung um rund 10.000 von 59.000 auf 69.000 Stimmen. In Salzburg gewannen die Freiheitlichen zwei Mandate dazu, in Wien nur eines. Olaf DFP kam auf knappe 50.000 Stimmen gegen 80.000 bei der Nationalratswahl. Immerhin übersprang Olaf die Fünfprozentschwelle, was den Kommunisten nicht mehr gelang.

Die SPÖ hatte die Optik für sich: Obwohl auch sie dem starken Rückgang an gültigen Stimmen ihren Tribut bringen mußten, da sie um rund 27.000 Stimmen weniger erhielt als 1964 und die niedrige

Stimmenzahl aller Wahlen seit 1949 hinnehmen mußte, ging sie mit einem Zuwachs von drei Mandaten als der optische Sieger aus dieser Wahl hervor.

Die Volkspartei wird ihre Konsequenzen aus diesem Wahlergebnis zu ziehen haben. Es sollte weder dramatisiert noch bagatellisiert werden. „Die ÖVP Wien ist gestolpert, aber sie hat sich nicht „derstossen“, kommentierte Vizebürgermeister Dr. Drimmel. Auch die politisch Verfolgten in der ÖVP sind von diesem Wahlergebnis wenig begeistert, zumal es — durch die Stärkung von FPÖ und DFP im Wiener Gemeinderat — eine Radikalisierung bei den Kleinparteien bringen dürfte, die nicht unbedingt zu einer Festigung unseres demokratischen Staatwesens beiträgt. Die politisch Verfolgten werden jedenfalls in Wien wachsen sein. Sie überschätzen das Wahlergebnis aber auch nicht. Wenn sie sich an die Ereignisse des Jahres 1938 oder an ihre Erlebnisse in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Hitlerregimes erinnern, werden sie den richtigen Maßstab für die Beurteilung dieses Rückschlages finden.

Ehrung Hovorkas

BENENNUNG EINES „FRIEDEN“-HAUSES IN WIEN-DÖBLING

Am 12. April wurde in Wien-Döbling, Seileräckergasse, eine Wohnhausanlage nach Prof. Nikolaus Hovorka benannt, dem publizistischen Vorkämpfer der christlichen Sozialreform und langjährigen Chefredakteur und Herausgeber der FREIHEIT, den auch die Kameradschaft der politisch Verfolgten zu den Ihren zählen durfte. Bei der Segnung des Hauses, mit der die Ehrung Prof. Hovorkas verbunden war, waren u. a. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel, der Obmann der ÖVP-Kameradschaft, LAbg. Hans Leinkauf, der Generalsekretär des ÖAAB, Bundesrat Ing. Harrach, Bezirksparteiobmann NR Fiedler und zahlreiche andere Ehrengäste zugegen.

Das Wirken Nikolaus Hovorkas würdigten Univ.-Prof. Dr. Herbert Schambeck und der Obmann der Baugesenossenschaft „Frieden“, OLGR Dr. Heinz Huber. Prof. Schambeck wies darauf hin, daß Hovorka, der in der Ersten Republik mit seinen Berichten zur Kultur- und Zeitgeschichte im ganzen deutschen Sprachraum bekannt wurde und 1933 in die Redaktion der von Dr. Funder geleiteten Reichspost eintrat, nach 1938 in die KZ des NS-Regimes wanderte und die Lager Mauthausen und Dachau erlebte. Die

Spuren der dort erfahrenen Behandlung waren zeitlebens an seinen Händen erkennbar. Sie ließen in ihm aber keine Bitterkeit aufkommen. Er empfand die KZ-Zeit als eine Zeit neuer Bewährung und neuer Auftragserteilung, als eine Zeit menschlichen Reisens. Die Zeit nach 1945 sollte für ihn in dieser Hinsicht eine Fortsetzung sein. Er suchte das Gespräch mit den Anderdenkenden, dem er sich schon immer und vor allem im KZ gewidmet hatte, in anderer Form fortzusetzen und bemühte sich um den Dialog zwischen Christen und Marxisten. Als er aber sah, daß dieser sich durch entsprechende Realitäten nicht belegen ließ, zog er die Konsequenzen und kehrte heim. Diese Heimkehr war aber nicht die eines Pensionisten oder Reservisten, sondern die eines Aktivisten.

Prof. Schambeck betonte, daß Nikolaus Hovorka nicht nur publizistisch wirkte, sondern in der politischen Organisation des ÖAAB an der Vorbereitung und Durchführung zahlreicher politischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Aktionen teilnahm. Er war zahllosen Funktionären ein Berater und selbstloser Helfer und leistete auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens echte Bruderdienste.

Und wenn in den Kommentaren am Abend des 27. April gesagt wurde, daß politische Parteien durchaus sterblich Wesen sind, so gilt das ebenso für die anderen Parteien, für die SPÖ, die FPÖ und die DFP. Auch für sie ist der Wahlerfolg nur von kurzer Dauer, und niemand kann sagen, was der nächste Wahltermin für diese Parteien bringen wird.

Hofrat Strauß ein Fünfundsiebziger

Am 4. April vollendete der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Wiener Messe Aktiengesellschaft, Hofrat Eduard Strauß Mitglied unserer Kameradschaft, das 75. Lebensjahr. Zwei Komponenten eines, die den Lebensinhalt und die Tätigkeit von Hofrat Strauß bestimmen: die Wirtschaftsförderung in Österreich und die Wiener Messe. Strauß war dabei, bevor nun ungefähr 50 Jahre der Plan zur Gründung einer Wiener Messe ventiliert wurde, er hat an den Vorbereitungen teilgenommen und war damit unmittelbar an der Gründung der Wiener Messe beteiligt. Gleichzeitig mit der Gründung der Wiener Messe rief er die Organisation der Ausstellerschaft, den Hauptverband der Wiener Messe-Interessenten, ins Leben, dessen Geschäftsführer er bis zum Jahre 1938 war und den er unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs wieder errichtete. Als der Präsident der Wiener Messe, Bundesminister a. D. Doktor Heini, 1957 aus dem Leben schied, wurde Hofrat Strauß, der dem Aufsichtsrat der Wiener Messe-AG schon seit 33 Jahren angehörte, der Nachfolger Heinis als Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Hofrat Strauß begann seine berufliche Laufbahn im Gewerbeförderungsinstitut der Wiener Handelskammer, wurde später dessen Direktor und leitete nach 1945 die Gründung des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Bundeshandelskammer. In die Wege, zu dessen erstem Direktor bestellt wurde, Messe und Wirtschaftsförderung machten demnach Präsident Hofrat Strauß zu einem der hervorragendsten Repräsentanten der österreichischen Wirtschaft.

20. Novelle im Ministerrat

(Fortsetzung von Seite 2)

einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände am 19. März.

Der Bundesvorsitzende der ÖVP-Kameradschaft, LAbg. Leinkauf, rief beide Klubobmänner die Forderung in Erinnerung, auch die Befreiungsmedaille, für die eine gesetzliche Grundlage seit 1945 besteht, deren Durchführung aber bisher unterblieben ist, nunmehr zu realisieren. 25 Jahre nach der Befreiung wäre es an der Zeit, das zu tun.

März 1938: Verpaßte Chance?

WIDERSTAND MILITÄRISCH MÖGLICH, POLITISCH SINNLOS

Die Frage, ob ein militärischer Widerstand Österreichs gegen den Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938 möglich und sinnvoll gewesen wäre, wird in Heft 8 der Schriftreihe des Militärwissenschaftlichen Instituts behandelt. In der Abhandlung werden die Vorbereitungen geschildert, die unter der Leitung von Generalstabchef Generalmajor Jansa gegen einen Einmarsch getroffen worden waren und die sich auf einen Widerstand in einem tief gestaffelten System von Sperren und Minenfeldern stützten, während die Hauptverteidigungslinie an der Enns aufgebaut werden sollte.

Jansa war sich über die Stärke der deutschen Streitkräfte durchaus klar, er sah aber auch die politische Bedeutung eines Widerstandes, die auch für die heutige Zeit durchaus aktuell ist. Es ging Jansa, dem „vehementesten Verfechter rechtmäßiger Abwehrmaßnahmen“, darum, zu verhindern, daß Österreich schnell überrannt wird, und den anderen Mächten dadurch ein Eingreifen unmöglich gemacht wird. Der militärische Widerstand sollte demnach den nötigen Zeitgewinn für außenpolitische Aktionen schaffen. Verteidigung und Außenpolitik sollten Hand in Hand arbeiten. Dieser Operationsplan galt bis kurz vor dem deutschen Einmarsch.

Die Operation der deutschen Truppen war durch zahlreiche Fehler und Mängel

behindert. So wird die Meinung vertreten, daß der deutsche Einmarsch überhaupt zum Stillstand gekommen wäre, wenn den deutschen Truppen nicht die österreichischen Benzin-Tankstellen zur Verfügung gestanden wären. Allein durch Verkehrsunfälle gab es 35 Tote auf deutscher Seite. Etwa 300 Panzer- und Spähwagen fielen aus, insgesamt werden die technischen Ausfälle der deutschen Wehrmacht mit 30% beziffert.

Die Abwehrbereitschaft hat sich dann jedoch in den entscheidenden Tagen erheblich vermindert, nicht zuletzt in der Hoffnung auf eine politische Lösung durch die Berichtigung der Gespräche Hit-

lers mit Schuschnigg. Das Ausscheiden des Generalmajors Jansa war dann praktisch identisch mit dem Ende eines ernstlichen Abwehrwillens.

Die Untersuchung des Militärwissenschaftlichen Instituts formuliert zwar keine eindeutige Antwort auf die gestellte Frage, ob Widerstand möglich gewesen wäre, doch muß das auf Grund der angeführten Tatsachen als durchaus gegeben angenommen werden. Vermutlich hätte ein relativ geringer Einsatz von österreichischer Seite ein gewaltiges Chaos bei den einmarschierenden Truppen zur Folge gehabt.

AltBundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg erklärte kürzlich, die außenpolitische Situation Österreichs im Frühjahr 1938 habe einen militärischen Widerstand sinnvoll und aussichtslos erscheinen lassen, da Österreich völlig allein dagestanden sei.

Der Wiener Fenstersturz

Innitzer wurde mißverstanden

Aus Anlaß des Jahrestages der nationalsozialistischen Okkupation Österreichs im März 1938 hielt der jetzige im Neukloster von Wiener Neustadt lebende ehemalige Grazer Bischof Dr. Josef Schoiswohl im überfüllten Saal des Wiener Neustädter Kolpinghauses einen Vortrag über seine Erlebnisse mit den nationalsozialistischen Machthabern während der deutschen Besetzung. Zu dem Vortrag, der unter dem Thema „Der Wiener Fenstersturz 1938“ stand, hatten sich — auf Einladung der Kolpingfamilie Wiener Neustadt — neben den Bewohnern des Kolpinghauses auch zahlreiche jüngere und ältere Menschen aus Wiener Neustadt eingefunden.

Schoiswohl, der im Jahre 1938 am Wiener Stephansdom tätig war, gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung des Nationalsozialismus bis zur Besetzung Österreichs und legte sodann einen Augenzeugenbericht über die Ereignisse am Rosenkranzplatz am 7. Oktober 1938 vor, bei dem es bekanntlich — im Anschluß an einen abendlichen Jugendgottesdienst im Dom — zu spontanen Ovationen für den damaligen Wiener Erzbischof, Kardinal Innitzer, und einen Tag später, gleichsam als „Antwort“ darauf, zur Erstürmung des Erzbischöflichen Palais und des Churhauses durch die Hitlerjugend und zum „Fenstersturz“ eines Demokraten durch eine Rote Jugendlicher kam.

Ohne Zweifel könne die katholische Kirche Österreichs für sich in Anspruch nehmen, betonte Bischof Schoiswohl, dem Nationalsozialismus einen großen und gewaltigen Widerstand entgegengesetzt zu

haben. Einer der eindrucksvollsten Beweise dafür sei die am 7. Oktober 1938 zum Ausdruck gekommene offene Auflehnung der Wiener Katholiken. Schoiswohl, der 1938 das Kirchenmeisteramt in St. Stephan inne hatte und daher in engem Kontakt mit Kardinal Innitzer stand, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Haltung des Kardinals gegenüber dem Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit oft mißverstanden worden sei. Es gelte daher auch heute, diese Mißverständnisse zu korrigieren.

Die Ausführungen Bischof Schoiswohls wurden von dem vorwiegend jugendlichen Publikum mit großer Begeisterung aufgenommen.

NPD-Ordner verurteilt

Nur zu 600 D-Mark Geldstrafe wegen schwerer Körperverletzung wurde ein Ordner der Nationaldemokratischen Partei (NPD), der 26jährige Martin Steuerklüh vom Amtsgericht München verurteilt. Er hatte am 21. November 1946 bei einer Gründungsfeier seiner Partei im Münchner Bürgerbräukeller den 23jährigen Studenten Jens von Scherpenberg durch eine geschlossene Tür aus dem Saal geworfen.

PREISVERLEIHUNG. Dem österreichischen Gelehrten und Schriftsteller Prof. Dr. Ernst Joseph Görlich, Mitglied der Kameradschaft, wurde für seine Arbeit über die Reform des Eigentumsrechtes an Grund und Boden der Schweizer BERNOLLI-Preis verliehen, der für die beste derartige Arbeit bestimmt ist.

FP-Landesrat vor den Glasenbachern

„Mag manches damals auch falsch gemacht worden sein, so doch nicht falscher und schlechter, als so manches heute falsch und schlecht gemacht wird.“ Diesen Ausspruch soll der freiheitliche Salzburger Landesrat Leitner in einer Gedenkfeier der ehemaligen Glasenbach — Innesen des gleichnamigen Lagers für NS-Funktionäre — gemacht haben. Diese Äußerung Leitners hat weithin Empörung ausgelöst, da sie einem Bekenntnis zur Nazi-Zeit gleichkommt und das NS-Regime auf eine Stufe stellt mit dem demokratischen Regime von heute. Die Tenor, die Leitner angeschlagen hat — Eingeständnis, daß auch in der Nazizeit „manches“ falsch gemacht wurde, womit der Anschein einer objektiven Beurteilung dieses Regimes erweckt wird — ist auch genau jene, die für die Nationalzeitung charakteristisch ist.

Geschichtsfälscher am Werk

WIRKSAME AKTIONEN GEGEN NATIONAL-ZEITUNG GEFORDERT

Seit kurzem werden von verschiedenen österreichischen Organisationen immer entschiedener wirksame Maßnahmen gegen die „National-Zeitung“ gefordert, um den unheilvollen Geist, der von dieser in München anässigen Zeitung ausgeht, von der österreichischen Bevölkerung fernzuhalten.

So werden insbesondere ein Einfuhr- und Verbreitungsverbot gegen diese Zeitung bzw. die Anwendung des NS-Verbotsgesetzes oder eine Reaktivierung alter Bestimmungen des Pressegesetzes gefordert, die inzwischen außer Kraft gesetzt wurden und ein wirksames Vorgehen gegen Zeitungen ermöglichen, die wiederholt beschlagnahmt wurden.

Der Justizminister wurde in letzter Zeit wiederholt von Delegationen aufgesucht, die Maßnahmen gegen diese Zeitung forderten. Der Minister wies diesen Delegationen gegenüber wie auch auf parlamentarische Anfragen darauf hin, daß die gesetzlichen Möglichkeiten gegen die National-Zeitung voll ausgeschöpft werden — so wurde zuletzt die Nummer vom 24. Jänner gerichtlich beschlagnahmt, die Hauptverhandlung begann am 14. März und wurde verlagert — daß die vielfach geforderte völlige Unterdrückung der Zeitung nach der derzeitigen Rechtslage jedoch auf Schwierigkeiten stöße. Im Text des Entwurfs für ein neues Strafrecht seien Bestimmungen vorgesehen, die ein erfolgreicher Einschreiten gegen die National-Zeitung möglich machen.

Methoden und Geist der National-Zeitung wurden in einer kürzlich erschienenen Dokumentation der Widerstandsbewegung aufgezeigt. So läßt sich die Tendenz des Blattes deutlich an den Titeln beliebiger ausgewählter Nummern ablesen. Diese Titel laufen etwa: „Ist Hitler an allem schuld? — Österreichs unbewältigte Vergangenheit“ (ein Versuch, zumindest einen Teil der Maßnahmen Hitlers als gerechtfertigt hinzustellen); oder: „Es lebe das deutsche Volk im Staate Österreich! — Der Anschluß ist tot — die Gemeinsamkeit bleibt“ (ein Versuch, mit dem Schlagwort von der „Gemeinsamkeit“ einen neuen Begriff an Stelle des staatsvertraglich und gesetzlich verbotenen Anschlußgedankens zu prägen und nach Österreich einzuschmuggeln); oder: „Warum alle Nazis Verbrecher? — Sind Österreichs Frontkämpfer ehrlos?“ (ein Versuch, den Begriff der Nazi zu rehabilitieren und die Kriegsteilnehmer für die Nazis zu reklamieren); oder: „Das war Hitlers Triumph in Wien — die Wahrheit

über den Anschluß“ (ein Versuch, die Besetzung Österreichs durch Hitler zu glorifizieren und als politische Aktion zu rechtfertigen).

Was Geistes die „National-Zeitung“ ist, geht auch aus beliebigen Textstellen hervor, von denen einige in der Dokumentation zitiert werden. So etwa ein Bericht vom 29. März 1948, in dem es heißt, die wirtschaftlichen Vorstellungen des derzeitigen Kanzlers Dr. Klaus seien „zumindest eigentümlich“, wenn er in einem Rückblick auf den Anschluß an das Deutsche Reich an die Gold- und Devisenreserven der österreichischen Nationalbank erinnerte, die damals nach Berlin geflossen

seien. „Jeder Volkswirtschaftler, aber auch jeder einzelne Bürger, der die damalige katastrophale wirtschaftliche Lage miterlebte, weiß, daß aus der Österreichischen Nationalbank nichts zu holen war, daß aber von reichsdeutscher Seite in den Jahren 1938 bis 1945 nicht weniger als 30 Milliarden Mark in Österreich investiert wurden zum Nutzen von Industrie und Handel, Landwirtschaft und Straßenbau.“ Soweit die „National-Zeitung“ vom 29. März 1948, die damit ein geradezu haarsträubendes Bild von politischer Ahnungslosigkeit bietet. Es ist längst genau festgestellt und eine unbestreitbare historische Tatsache, daß nach dem März 1938 gewaltige Werte an Devisen und Gold nach Berlin wanderten. Heute so zu tun, als sei 1938 aus der Österreichischen Nationalbank „nichts zu holen gewesen“, beweist nur, daß die Autoren solcher Behauptungen noch immer das Märchen vom armen Österreich verbreiten, das vom NS-Reich vor dem Hunger gerettet werden mußte, und die auch heute, nach mehr als 35 Jahren, die völlig andersgeartete historische Wahrheit nicht zur Kenntnis nehmen wollen. (Eine genaue Aufstellung darüber, was 1938 aus Österreich nach Berlin verschleppt wurde, veröffentlichte der FREIHEITSKÄMPFER in einer seiner letzten Nummern unter dem Titel „Gold und Silber ...“.)

Was vom Deutschen Reich nach 1938 in Österreich „investiert“ wurde, mußte von den Österreichern mit einem gigantischen Blutzoll, einem katastrophalen Währungszusammenbruch nach 1945 und mit enormen Verlusten durch Kriegsschäden, also mit einem wahrlich hohen Preis, bezahlt werden.

Die „National-Zeitung“ hütet sich wohlweislich davor, in ihren Artikeln Behauptungen anzustellen, die eindeutig eine Wiederbetätigung im Sinne des NS-Gesetzes oder eine flagrante Verletzung sonstiger Gesetzes- oder Vertragsbestimmungen sind. Trotzdem wird mit jedem Satz versucht, die Politik des NS-Regimes zu beschönigen und zu verteidigen, wobei man sich den Anschein erhöhter Glaubwürdigkeit gibt, indem auch da und dort Kritik am NS-Regime geübt wird. Ein Musterbeispiel für die tendenziöse Schreibweise des Blattes lieferte z. B. folgender Absatz (12. März 1964): „Mißer Deutlichkeit und mit großem Ernachte Hitler die Gratsalanten anlässlich seines 50. Geburtstages in der Reichskanzlei auf die nahe bevorstehende Absicht der Westmächte, das Reich mit Krieg

Schacht von „Schacht“ begeistert

Im Wiener Burgtheater steht derzeit das Dokumentarspiel „Prozeß in Nürnberg“ auf dem Spielplan. In dem Stück spielen einige der Nürnberger Hauptangeklagten — so Göring, Keitel, Streicher und Schacht — ihre köpplichen Rollen. Bei jedem Angeklagten bricht das Bild, das er vor dem Gericht von sich selbst aufzubauen sich bemüht, unter den Angriffen der Ankläger zusammen — lediglich Reichsbankpräsident und Finanzminister Hjalmar Schacht übertrifft seinen Ankläger mit seiner überlegenen Schläse und Schlagfertigkeit. Kein Wunder, daß Herr Hjalmar Schacht von der Rollendarstellung durch Burgtheaterdirektor Paul Hoffmann begeistert war, als er vor einiger Zeit persönlich nach Wien kam, um sich das Stück anzusehen. „Sehr ähnlich in Tonfall und Gebärde“, fand Schacht seinen Darsteller Paul Hoffmann. „Ich bin stolz darauf, daß er mich spielt.“

Schacht kann das Witzwischen also auch vor dem imaginären Gericht auf der Bühne nicht lassen. Offensichtlich ist er nicht nur stolz darauf, daß ein Paul Hoffmann ihn spielt, sondern daß er selbst eine Rolle im Leben und in der Politik gast über die Bühne gebracht hat — gar für ihn selbst jedenfalls, wie man daraus entnehmen kann, daß der heute 92jährige Ex-Reichsbankchef die Strapazen einer Reise von München nach Wien nicht scheut, um sich selbst auf des Burgtheaterbühnen bewundern zu können.

zu überziehen, aufmerksam ...“ Hier und mit zahlreichen anderen Artikeln wird Hitlers Politik als die wahre Friedenspolitik hingestellt, während die kriegsliebenden Elemente auf der Seite der Westmächte gewesen seien.

Die „National-Zeitung“ ist heute mit dem sogenannten blauen „Wiener Montag“ vereinigt, der dadurch vor dem Untergang „gerettet“ wurde, wie das Blatt auch offen zugibt. Praktisch ist die „National-Zeitung“ damit als eine in Österreich erscheinende Zeitung zu bewerten und zu behandeln, also denselben gesetzlichen Bestimmungen unterworfen wie eine österreichische Zeitung.

Die „National-Zeitung“ entstand 1931 als „Deutsche Soldaten-Zeitung“, die sogar von der Bonner Bundesregierung ständig subventioniert wurde, weil man mit ihrer Hilfe Offiziere und Soldaten der ehemaligen Deutschen Wehrmacht für die neue Bundeswehr zu rekrutieren hoffte. Schon drei Jahre später mußte die Bundesregierung sich wegen der Schreibweise des Blattes von ihm distanzieren und die Subventionen einstellen. 1961 wurde das Blatt in „Deutsche Soldaten-Zeitung und National-Zeitung“ umgetauft, weitere zwei Jahre später wurden die Bestandteile dieses Titels umgedreht, das Blatt hieß „Deutsche National-Zei-

tung und Soldaten-Zeitung“. Mittlerweile sind die Soldaten völlig aus dem Titel der Zeitung verschwunden, die Unterstützung sogenannter nationaler bzw. nationaldemokratischer Strömungen ist der alleinige Zweck geworden. Alleinbesitzer und Chefredakteur ist Dr. Gerhard Frey, der durch Erwerb anderer Zeitungen in den letzten Jahren einen Pressekonzern mittleren Umfangs aufgebaut hat.

Eine bemerkenswerte Reminiszenz an der Geschichte: Von 1936 bis 1938 wurde in Österreich gleichfalls eine „National-Zeitung“ vertrieben. Sie wurde in Essen hergestellt und war das offizielle Organ der NSDAP.

SS-Führer Dr. Best verhaftet

ER WAR DER „PHILOSOPH DES POLIZEISTAATES“

Der frühere SS-Führer Dr. Werner Best, während der NS-Zeit deutscher Bevollmächtigter in Dänemark, wurde Anfang März in Mülheim (Nordrhein-Westfalen) unter dem Verdacht des Massenmordes verhaftet.

Dr. Best, heute 65 Jahre alt und Rechtskonsulent des Stinnes-Konzerns, war einer der prominenten Verwaltungsjuristen des sogenannten Dritten Reiches, SS-Oberführer, stv. Leiter des Sicherheitsdienstes der SS und Stellvertreter des SS-Führers Heydrich, Reichsbefehlshaber in Dänemark, Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber Frankreich usw. Die Anklage wirft Best vor, die Ausrottung der polnischen Intelligenz durch die deutschen Besatzungsbehörden vorbereitet und gefördert zu haben.

Die Verhaftung Bests, der sich keineswegs irgendwo versteckt gehalten hatte, sondern in prominenter Position in der Industriestadt Mülheim an der Ruhr lebte, dürfte damit zusammenhängen, daß in der Bundesrepublik mit Jahresende die Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen drohte. Best war als Bevollmächtigter des Deutschen Reiches für Dänemark bereits einmal von einem dänischen Gericht zum Tode verurteilt, später jedoch freigelassen und begnadigt worden.

Best gehört nicht zu jenen, die sich selbst irgendwelcher Blutverbrechen schuldig gemacht haben. Dr. Werner Best hat selbst niemanden umgebracht, ja für ihn wurde sogar ein Eintreten für gefährdete Juden in Dänemark geltend gemacht. Die Vorwürfe gegen ihn richten sich vielmehr darauf, daß er zu den geistigen Vätern des nationalsozialistischen Terrorregimes gehört (er gilt u. a. als Autor der berühmten „Bochheimer Dokumente“, in denen lange vor der Macht-

ergreifung die Errichtung von KZ für politische Gegner angekündigt wurde und derentwegen man gegen Best 1931 ein Hochverratsverfahren eingeleitet hatte, das 1932 kurz vor der Machtergreifung wieder eingestellt wurde). Vom blutigen Handwerk hielt Best sich fern, er galt vielmehr als der „Philosoph des Polizeistaates“, der sich gelegentlich auch menschliche Regungen leisten konnte und verschiedentlich auch vom Regime als Aushängeschild für Menschlichkeit und Humanität verwendet wurde.

Gerechtliches Vorgehen gegen die „Deutsche National-Zeitung“

Die Bonner Bundesregierung hat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Verfahren gegen den Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen National-Zeitung“, Gerhard Frey, eingeleitet. Nach dem vom Bundeskabinett bereits im Februar beschlossenen Antrag sollen Frey das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, das aktive wie auch das passive Wahlrecht sowie die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, aberkannt und sein „Druck- und Zeitschriftenverlag“ in München, in dem außer der „Deutschen National-Zeitung“ noch andere, kleinere nationalistische Zeitungen erscheinen, aufgelöst werden. Gesetzliche Grundlage für diesen im Nachkriegsdeutschland bisher einmaligen Schritt der Bundesregierung bildet der Artikel 18 des Grundgesetzes, wonach derjenige die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit, verliert, der diese „zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht“. Verwirrung und deren Ausmaß

massen vom Bundesverfassungsgericht festgestellt werden.

Bestrebungen, den Machenschaften der rechtsextremen Heißblutigen einen Riegel vorzuschieben, waren schon lange im Gange. Das Innenministerium hatte bereits seit 1964 Material gesammelt und ist nach Prüfung des Gesamtbildes der Publikation zum Schluß gekommen, daß die „National-Zeitung“ drauf ausgegangen sei, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bekämpfen, wobei ein eindeutige Tendenz gegen den Gedanken der Völkerverständigung, der zu den tragenden Grundsätzen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik gehöre, festzustellen sei.

Eine Frist läuft ab

Der Österreichische Arbeiterkammertag hat in seiner Stellungnahme zur Neuordnung des Staatsbürgerschaftsrechts (Staatsbürgerschaftsgesetz 1965) unter anderem auch den Standpunkt vertreten, den Personen, die wegen der Verfolgung durch Organe der NSDAP oder durch Behörden des Dritten Reiches oder aus Grund ihres Eintretens für die demokratische Republik Österreich Verfolgungsgewissen waren und deswegen Österreich verlassen haben, zu ermöglichen die Staatsbürgerschaft auf Antrag wieder zu erlangen. Ein solcher Rechtsanspruch bestand bereits nach § 1 Abs. 3 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1949, doch war die bis 19. 7. 1950 abgelaufene Frist den in Betracht kommenden Emigranten vielfach überhaupt nicht bekannt geworden.

Durch § 38 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 wurde dem oben bezeichneten Personenkreis neuerlich die Möglichkeit geboten, die Staatsbürgerschaft auf Antrag wieder zu erwerben, wenn bis 30. 6. 1969 ein diesbezüglicher Antrag eingebracht wird. Der Ablauf der erstreckten Frist steht also bevor. Ansuchen nach § 38 müssen daher rechtzeitig eingebracht werden.

FRANZ KITTEL

„Rechts stehen — links denken!“

ZUR ERINNERUNG AN ERNST KARL WINTER

(Fortsetzung und Schluß)

Ernst Karl Winter lebte den Anschluß an das Deutsche Reich ab und bekannte sich damals bereits zu dem Gedanken der österreichischen Nation und war von einem ausgeprägten österreichischen Staatsbewußtsein erfüllt. So ging Ernst Karl Winter an die Arbeit. Es war keine Arbeit der Theorie, obwohl er von der Theorie und von der Wissenschaft kam. Er ging dorthin, wo die Arbeiter zu finden waren, in die Volkshochschulen Wiens, wohin sie sich zurückgezogen hatten, in denen auch zum Teil in der Leitung ehemalige sozialistische Funktionäre saßen. So kam es in der Volkshochschule Wien-Ottakring zu Versammlungen der „Aktion Winter“, wie sie genannt wurde, mit einer Teilnehmerzahl bis zu 800 Leuten. Im überfüllten großen Saal des Volkshauses Ottakring am Ludo-Hartmann-Platz stand auf der Bühne der hagere, große Dr. Ernst Karl Winter, ihm gegenüber standen hunderte sozialistische Arbeiter, verblüfft, verdrossen, verärgert und verängstigt. Sie alle wollten nicht, was der Mann von ihnen wollte. Als einer von jenen, die damals unter den Zuhörern Dr. Ernst Karl Winters waren, kannte ich die Situation und wußte, daß die Masse diesem Mann mißtraute. Er war nun als Vizebürgermeister der Stadt Wien, als Stellvertreter des Führers der Vaterländischen Front ein Vertreter dieses Systems. Selbst ein Dr. Viktor Matejka, der damals auch Leiter der Volkshochschule Wien-Ottakring war, konnte dieses Vertrauen der Arbeiterschaft, die damals im Volkshaus Ottakring war, nicht erlangen. Doch Dr. Ernst Karl Winter ging unverdrossen ans Werk. In der Volkshochschule Stüberasse, Wien 5, führte er die gleichen Diskussionsabende durch. Sie verliefen stürmisch. Während Dr. Ernst Karl Winter mit den Vertretern der überalen sozialistischen Gruppen im Hause debattierte, sich ihre Meinung anhörte und versuchte, zu vermitteln und zu versöhnen, standen draußen auf den Gängen und Stiegen die militanten Vertreter des Regimes, Heimatschützer und Sturm-schärfer, jederzeit bereit, im Saal einzuschreiten.

Doch Ernst Karl Winter stand wie ein Fels in der Brandung. Er wußte: mit diesen Menschen muß gesprochen werden, gegen diese Menschen kann man nicht mit Polizei und militanten Gruppen vorgehen. Er lehnte jedes Kinschreiben ab, er meinte, man müsse in der Diskussion diese Menschen gewinnen und diese Brücke zum Regime bauen. Dr. Ernst Karl Winter hat seine Versuche fortgesetzt. Er schrieb ein Buch „Arbeiterschaft und Staat“, in dem er Briefe von Arbeitern aus ganz Österreich veröffentlichte, die sich mit der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterschaft und Regierung befaßten,

offene Erklärungen über den Februar 1934, er duldete in seinen „Politischen Monatsblätter“ Stellungnahmen gegen das Regime. Er besprach offen alle diese Fragen. Damals waren die „Politischen Monatshefte“ und die von ihm herausgegebene „Aktion“ die einzigen Sprachrohre in der Öffentlichkeit, in denen ehemals sozialistische Funktionäre sich äußern durften und konnten, ohne Gefahr zu laufen, dafür in ein Gefängnis zu kommen. Doch Dr. Ernst Karl Winter war damals zu schwach. Gewiß gab es einen Kreis anderer Menschen, die sich der gleichen Aufgabe widmeten, den hier schon erwähnten Dr. Viktor Matejka, dann den bekannten Universitätsprofessor Doktor August Maria Knoll und den leider ebenso verstorbenen Dr. Alfred Milsong. Sie alle versuchten in der gleichen Weise wie Dr. Ernst Karl Winter die Versöhnungspolitik zu unterstützen. Der „Österreichische Ständestaat“, ein Blatt, das damals monatlich erschien, stand ebenfalls

dieser Aufgabe zur Verfügung und eine Reihe von Mitarbeitern, ich nenne hier nur den Mitarbeiter auch des „Freiheitskämpfers“, Rainald Poukar, waren damals in der gleichen Weise mit dieser Aufgabe bemüht. Nicht zu vergessen sei in diesem Zusammenhang auch Karl Rehner, der verstorbene Mann von Frau Minister Grete Rehner, der ebenfalls versuchte, die Versöhnung zwischen der Arbeiterschaft und Staat herbeizuführen. Doch zu tief hatte der Februar 1934 in den Herzen der Arbeiterschaft Wunden geschlagen, so daß die Zeit, diese Wunden zu heilen, zu kurz war. So war alle Mühe, Dr. Ernst Karl Winters, dieses Versöhnungswerk erfolgreich zu beenden, vergebens.

Wenn wir heute die Entwicklung zwischen 1934 und 1938 betrachten, in den „Politischen Monatsheften“, den Büchern Ernst Karl Winters, blättern und uns manche Reden der Politiker in den Jahren von 1945 bis heute erinnern, werden

(Fortsetzung auf Seite 2)

BRD: Keine Verjährung

KLARER ENTSCHEUSS DES BONNER KABINETTS

Die Bonner Bundesregierung hat nunmehr beschlossen, dem Parlament einen Gesetzentwurf für die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord und Völkermord vorzulegen. Die Verjährung würde am Ende dieses Jahres eintreten, nachdem die Frist für die Verjährung vom Kabinett Erhard im Jahr 1965 nach einer leidenschaftlichen Debatte um vier Jahre erstreckt worden war. Nunmehr hat sich die Bonner Bundesregierung zu einer klaren Lösung entschlossen, die eine endgültige Aufhebung der Verjährungsfrist vorsieht. Die Vorlage des Justizministeriums, die noch auf einem Entwurf aus der Amtszeit Heilmann zurückgeht, würde lediglich in einer Ergänzung eines einzigen Paragraphen zum Strafgesetzbuch bestehen.

Noch sind allerdings gewisse Überlegungen im Gang, besonders Umstände zu berücksichtigen, wie etwa der Befehlmetstand. Man dürfte sich jedoch für eine klare und einfache Lösung entscheiden, da Differenzierungen etwa zwischen „gewöhnlichem“ Mord und besonderen Mordexzessen nur zu juristischen Unzulänglichkeiten führen würden. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt dazu: Die Unverjährbarkeit von Mordtaten ist nicht so außergewöhnlich, wie in den jüngsten Auseinandersetzungen in der Bundesrepu-

blik gelegentlich behauptet wurde. Eine Reihe von Rechtsstaaten kennt sie. Daß sie in Deutschland gerade während der nationalsozialistischen Zeit eingeführt — und später von der Bundesrepublik als vermeintliches nationalsozialistisches Rechtsgut wieder aufgehoben — wurde, ist zwar eine bittere Ironie. Für den Entschluß, die Unverjährbarkeit wieder in das Gesetz aufzunehmen, konnten solche Überlegungen jedoch nicht ausschlaggebend sein.

Kein NDP-Verbot

Das Bonner Bundeskabinett hat sich entschlossen, auf ein Verbot der neonazistischen NPD zu verzichten, obwohl eine Materialsammlung über den Rechts- und den Linksrädikalismus in der Bundesrepublik, die dem Kabinett vorlag, Handhaben für ein Verbot geliefert hätte. Ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht wäre jedoch kaum vor den Bundestagswahlen im Herbst rechtswirksam geworden, so daß zuerst auf jeden Fall die Wähler über die NPD urteilen müßten. Die Bundesregierung wollte mit der Verzicht eines Verbots vor allem der Vorwurf ausweichen, durch eine politische Maßnahme den bevorstehenden Wahlen schied zu beeinflussen.

(Fortsetzung von Seite 7)

wir mit Erschütterung feststellen, daß dieser Dr. Ernst Karl Winter ein Heilseher war, daß er seiner Zeit weit voraus war und damals bereits jenen Weg wies, der erst nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in Österreich beschritten wurde.

Dr. Ernst Karl Winter bekannte sich zu dem kleinen Österreich, er war in seinem Patriotismus ein Bekenner des österreichischen Staates und der österreichischen Nation. Er versuchte schon damals, das Staatsbewußtsein in die Herzen und Gehirne der österreichischen Bevölkerung zu senken. Ein Vorhaben, das ihm nicht gelang, das nach der Katastrophe dann im Jahre 1945 Figl und Raab erfolgreich fortsetzten. Alles, was Renner, Figl, Raab, Körner und Schürz nachher vertraten und verkündeten, die Unabhängigkeit Österreichs, die Freiheit Österreichs, die Souveränität Österreichs, schließlich auch die Neutralität Österreichs, es ist das Gedankengut Dr. Ernst Karl Winters. Und wenn wir nunmehr zehn Jahre nach seinem Tode uns dieses Mannes erinnern, dann lebt dieser Mann heute mitten unter uns als ein Sieger, als einer, der bereits 1933 und 1934 geahnt hat, was Österreich und die Österreicher glücklich machen wird: nur ein freies, demokratisches, unabhängiges, souveränes und neutrales Österreich.

Wenn Dr. Ernst Karl Winter einmal

seine Funktion darin sah, rechts zu stehen und links zu denken, dann hat niemand anderer als Dr. Alfons Gorbach, der 1934 wohl kaum Ernst Karl Winter gefolgt wäre, das politische Konzept Dr. Ernst Karl Winters besser bestätigen können als mit dem Ausspruch, daß der Februar 1934 und alles, was nachher geschah, anders gekommen wäre und verhindert hätte werden können, wenn die Linke patriotisch gewesen wäre und die Rechte demokratisch. Es hat der Linken vor 1934 der Patriotismus gefehlt und der Rechten nach 1934 die demokratische Gesinnung. Erst der Krieg und sieben Jahre der Auslöschung Österreichs haben die österreichische Bevölkerung und die Politiker dazu geführt, in Toleranz einander zu achten, ermöglichten eine Koalition und haben nunmehr seit 1966 auch das Verhältnis von Regierung und Opposition in einer Weise gelöst, die man als demokratisch, tolerant und großzügig bezeichnen kann. Dieser Geist, der nun seit 1966 die österreichischen Parteien, sowohl die Führer der Österreichischen Volkspartei als auch die der sozialistischen Opposition, beherrscht, dieser Geist hat 1934 gefehlt. Nur wenige Männer, an der Spitze Doktor Ernst Karl Winter, waren von diesem Geist erfüllt, vergeblich haben sie versucht, diesen Geist in die Bevölkerung zu tragen. Es ist weder Leopold Kunschak gelungen, diesem Geist der Toleranz und des Verständnisses auf der sogenannten bürgerlichen Seite zum Durchbruch zu

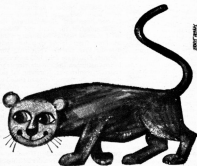
verhelfen, noch Dr. Ernst Karl Winter bei den Arbeitern.

So dürfen wir, die wir zu den Weg- und Zeitgenossen Dr. Ernst Karl Winters gehören, heute mit Recht sagen sowie Dr. Norbert Leser in seinem Vortrag getan hat: „Die Zeit und die Geschichte haben ihm recht gegeben.“

NDP-Burger wieder in Österreich

Unter dem Vorwand familiärer Angelegenheiten hat der Rechtsextremist Norbert Burger von den westdeutschen Behörden die Ausreise nach Österreich erwirkt. Burger, der als Ehrengast der Parteitag der westdeutschen NDP bewohnt, nahm in Bruck an der Mur an einer Versammlung der deutschen NDP teil, dessen prominentestes Gründungsmitglied er ist, teil.

Burger wurde bekanntlich im Sommer 1968 im Deutschen Eck zwischen Laß und Salzburg wegen des Verdachtes von Sprengstoffdelikten und Geheimbündeln von den westdeutschen Behörden verhaftet und später gegen eine Kaution von 100.000 Mark auf freien Fuß gesetzt. Seiner Paß wurde eingezogen, und er muß sich wöchentlich bei der Polizei melden.



für gewandte...

ÖSTERREICHISCHE KONTROLLBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

WIEN 1
AM HOF 4



Eine köstliche Erfrischung!

Rossbacher

mit Soda!

Rossbacher Magenbitter

Destillerie und Likörfabrik

Inhaber Adolf Wunderlich

Wien 7, Kaiserstraße 43



CORPORATION AUSTRIA

GES. M. B. H.

WIEN 7, MONDSCHERINGASSE 16

TELEFON 93 35 21 SERIE

„HEL-WACHT“

BEWACHUNGSDIENST HELWIG & CO.

BURGGASSE 2
1070 WIEN
TEL. 93 72 47—48

ANNA KARL

Gasthaus

Gulfbürgerliche Küche

Spezialweine

Wien VII.

Lindengasse 20

metro-goldwyn-mayer

film-austria

wien 7, neubaugasse 1

TECHNISCH-MECHANISCHE WERKSTÄTTEN

**Friedrich
Wolf**

Komm.-Ges.

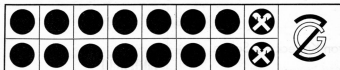
Wien 14,
Lützowgasse 3—5

Telefon 92 41 07
und 92 41 08

POLKARBON

Österreichisch-polnische Kohlenhandels-gesellschaft K. G.

Wien I, Heßgasse 1, Telefon 63 06 25



BERATUNG

IN ALLEN GELDANGELEGENHEITEN

DURCHFÜHRUNG

SÄMTLICHER BANKGESCHÄFTE

SPITZENINSTITUT DES
RAIFFEISENSEKTORS IN ÖSTERREICH
1720 RAIFFEISENKASSEN, 9 ZENTRAL-
KASSEN, RAIFFEISEN BAUSPARKASSE

**GENOSSENSCHAFTLICHE
ZENTRALBANK AG**

WIEN I, HERRENGASSE 1

ZWEIFSTELLE
WIEN III, ST. MARX

EXPOSITUR
WIEN III, GROSSMARKTHALLE

Robert und Walter Ziegler

Samenhandlung Samenzucht

Hauptgeschäft: 1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 11

Anton Kopecky & Söhne

Wäsche- und Berufskleidererzeugung

Zieglergasse 29, Wien VII

Telefon 93 37 05, 44 16 66

KAFFEE-HAUS Walter Schenk

1080 WIEN

Blindengasse 28, Tel. 42 46 49

Langbein- Pfannhauser-Werke

Gesellschaft m. b. H.

Spezialfabrik für Galvanotechnik



WIEN XIV, Gusenleithnergasse 14

Telefon 94 22 58